

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Sport  
Minoritenplatz 5  
1010 Wien

GE/9 86	
Datum: 13. MRZ. 1986	
Verteilt 14.3.86 Kreuz	

Wien, 1986 03 12

A. Böhm

Betrifft: Stellungnahme der Hochschule für angewandte Kunst in Wien  
zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Förderung der  
Kunst aus Bundesmitteln

Bezug: do. Zl. 12.935/1-III/9/86 vom 6. Februar 1986

Die Hochschule für angewandte Kunst in Wien erlaubt sich mitzu-  
teilen, daß sie den Entwurf des "Bundeskunstförderungsgesetzes"  
in der vorliegenden Form aus grundlegenden Erwägungen ablehnt.  
Diese Ablehnung ist wie folgt begründet. Es ist festzuhalten,  
daß der Begriff "Förderung" nicht die geeignete Ausdrucksform  
ist, um im Bereich der Kunst jene Präsenz zu erreichen, die not-  
wendig ist, wird doch jede Leistung im Geistigen nicht durch  
Förderung in das richtige äußere, empfindliche Klima gesetzt.  
Eine grundsätzlich für die gesamte Menschheit und daher auch für  
den Staat Österreich substantielle Aufgabe wird durch eine unter-  
würfige Bezeichnung degradiert. Der Geist dieser Degradierung  
aber prägt auch den Inhalt dieses Gesetzes. Daher muß mit einer  
neuen Formulierung des Begriffes "Kunstförderung" auch eine in-  
haltliche Entsprechung gefordert werden.

Der vorliegende Inhalt weist ja kein Verständnis für die Kunst  
aus, sondern schreibt nur Kontrollmechanismen fest, wie sie jetzt  
schon bürokratische Beamtenpraxis sind. Der Subventionsgedanke  
- vor allem in den bekannten und jahrzehntelang geübten Größen-  
ordnungen - trägt die Gefahr in sich, daß kein Künstler mit Ver-  
antwortung dazu zu bringen ist, ohne die Würde zu verlieren sich  
in die Schlange der Bittstehenden einzuordnen. Jede Kunst hat  
ihren Preis. Entweder soll für sie etwas geschehen ohne wie immer  
vorgegebene Prämissen, weil der reale und geistige Wertzuwachs  
ohnehin erst nach Jahren erkennbar ist, oder sie muß als Auftrags-  
leistung mit adäquater Honorierung deklariert werden.

Es geht nicht primär um gesetzliche Untermauerung von bürokrati-  
schen Ordnungen, sondern um die Entwicklung neuer Ideen, wie die


- 2 -

Kunst in den gesellschaftlichen Kontext ohne Nötigung und Be-  
drängung optimal eingebracht werden kann.

Die zweite Frage, die aber logisch mit der ersten verknüpft ist,  
ist die Verbesserung des sozialen Status des Künstlers.

Der vorliegende Entwurf trägt außer zu einer gesetzlich fun-  
dierten Kontrollsituation nichts zur Entwicklung von Perspektiven  
bei.

Der R e k t o r :

  
o.Prof. Oswald Oberhuber

